

Etwa 185 neue Flüchtlinge für den Bezirk

Der Kanton Zürich erhöht die Aufnahmequote auch bei den Ämtler Gemeinden

FLORIAN HOFER

Die Zahl der Flüchtlinge in der Schweiz steigt weiter an. Der Kanton Zürich muss deshalb seine Infrastruktur für die Unterbringung von Asyl- und Schutzsuchenden weiter ausbauen. Das betrifft auch den Bezirk. Für die Gemeinden gilt seit 1. Juni 2023 eine Aufnahmequote von 1,3 Prozent (13 Personen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Diese wird nun auf 1,6 Prozent erhöht. Das bedeutet, dass die 14 Ämtler Gemeinden etwa 185 Personen bis zum 1. Juli neu aufnehmen müssen – eine Erhöhung der Zahl der Flüchtlinge um fast 30 Prozent.

Suche nach geeigneten Unterkünften

Für Affoltern rechnet Stadtschreiber Stefan Trottmann aufgrund des Verteilungsschlüssels mit 38 Personen, die neu untergebracht werden müssen. «Wir

«Eine grosse Herausforderung ist die Bereitstellung des Wohnraums»

Alexander Schibli, Geschäftsführer Sozialdienst Bezirk Affoltern

werden nun geeignete preiswerte Unterkünfte suchen müssen», so Trottmann gegenüber dem «Anzeiger». «Das stellt einen immer wieder vor Probleme.»

Rifferswil und Kappel organisieren ihr Asylwesen selbst. Die Quotenerhöhung bedeutet vier Neuzugänge für Rifferswil, teilt Gemeindeführerin Laura Molleman mit: «Eine geeignete Unterkunft steht zur Verfügung. Die Gemeinde hat aufgrund der anhaltend hohen Flüchtlingszahlen mit einer weiteren Quotenerhöhung gerechnet, deshalb frühzeitig nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten gesucht und zum Glück



Alexander Schibli ist Geschäftsführer des Sozialdiensts Bezirk Affoltern. (Bild fh)

auch gefunden.» Die restlichen elf Ämtler Gemeinden werden im Bereich Asyl und Migration durch den Sozialdienst Bezirk Affoltern vertreten. Deren Geschäftsführer Alexander Schibli rechnet mit etwa 143 Personen, die neu aufgenommen werden müssen. Bislang sind es 530 Personen, die verteilt auf die elf Gemeinden in 140 sogenannten Wohnungseinheiten untergebracht sind. Laut Schibli kommen die beiden grössten Gruppen von Flüchtlingen aus der vom Krieg gebeutelten Ukraine (270 aktuell) und aus Afghanistan (220 aktuell). Der Rest verteilt sich auf Herkunftsländer wie Syrien, Somalia oder Türkei.

Während die Gemeinden zuständig sind für die Wohnungsbeschaffung, ist der Sozialdienst Bezirk Affoltern für die Aufnahme, Betreuung, Begleitung und

dann auch für die Integration zuständig. «Da sind viele Einzelpersonen darunter aber auch Familien mit Kinder.» Wir brauchen dafür auch Mitarbeitende, die die Leute betreuen. Eine Herausforderung nicht nur für die Gemeinden, sondern auch für den Sozialdienst: «Das ist wiederum eine ausserordentliche Situation», sagt Schibli

Steigende Mieten, knapper Wohnraum

Für die Integration von Kindern sind in sprachlicher und schulischer Hinsicht dann wieder die Gemeinden zuständig. «Eine grosse Herausforderung ist die Bereitstellung des Wohnraums», weiss auch Schibli. Angesichts von steigenden Mieten und knappen Wohnraum müsse man dann auch über kreative Lösungen

nachdenken. «Man kann darüber nachdenken, Zivilschutzanlagen in Betrieb zu nehmen und Pavillons oder Modul-

«Der Bund muss endlich seine Verantwortung vollumfänglich wahrnehmen.»

Mario Fehr, Sicherheitsdirektor Kanton Zürich

bauten, wie das auch bei Schulen gemacht werde, zu errichten. Abgesehen davon gebe es auch einen emotionalen Aspekt, sagt Schibli. «Die Familien kommen ja aus Gebieten, aus denen sie

flüchten mussten. «Die müssen hier erst einmal ankommen.» Für die Betreuung stünde jedoch ausgebildetes Personal zur Verfügung.

Mettmenstetten sucht Unterstützung

Reagiert hat bereits die Gemeinde Mettmenstetten. In einem Schreiben, das auch im Internet aufgeschaltet ist, heisst es zum Entscheid des Kantons: «Das bedeutet für unsere Gemeinde zusätzliche Unterkünfte für 18 Flüchtlinge.» Und weiter heisst es: «Dieser Entscheid des Kantons stellt uns vor eine grosse Herausforderung, da wir aktuell nicht über ausreichend Unterkünfte verfügen, um diese zusätzlichen Flüchtlinge aufzunehmen. Wir sind daher dringend auf Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen.» Das Asylwesen sei eine gemeinsame Verantwortung. «Wir sind dankbar für Unterstützung und Solidarität in dieser herausfordernden Zeit. «Zusammen können wir dazu beitragen, dass diejenigen, die unsere Hilfe benötigen, angemessen untergebracht und betreut werden», schreibt die Gemeinde.

Handlungsbedarf beim Kanton

Beim Kanton Zürich sieht man in Sachen Asyl Handlungsbedarf auch beim Bund. Der Bund müsse die rund 15 000 Verfahrenspendenzen im Asylbereich rasch abbauen. «Zu viele Personen in kantonalen und kommunalen Strukturen haben noch keinen Entscheid, ob sie ausreisen müssen oder sich integrieren können. Auch sollte der Bund rasch klären, wie er den künftigen Umgang mit Schutzbedürftigen aus der Ukraine zu regeln gedenke.» Rund drei Viertel der für die Aufnahmequote der Gemeinden relevanten Personen verfügten derzeit über den Status S. «Der Bund muss endlich seine Verantwortung vollumfänglich wahrnehmen», hält Sicherheitsdirektor Mario Fehr fest.